



BESCHLUSS
der 11. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 02.09.2009

Einführung Genderbudgeting
Vorlage: 09/SVV/0243

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2010 erste Maßnahmen zur Einführung des Genderbudgetings zu ergreifen.

Über die dazu beabsichtigten Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen
und mehreren Stimmenthaltungen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird ___1___ Seite beigefügt.

Potsdam, den 04. September 2009

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel

RATSINFORMATIONSSYSTEM

Vorlage 09/SVV/0243 - Beschlüsse

Betreff: Einführung Genderbudgeting
Status: öffentlich **Vorlage- Art:** Antrag

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Federführend: Fraktion DIE LINKE

Beratungsfolge:

	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
01.04.2009	7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	in Fachausschuss überwiesen
06.05.2009	8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	zurückgestellt
03.06.2009	10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	zurückgestellt
02.09.2009	11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	geändert beschlossen
	Ausschuss für Finanzen	Vorberatung
22.04.2009	5. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen	zurückgestellt
20.05.2009	6. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen	zurückgestellt
17.06.2009	7. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen	zurückgestellt
19.08.2009	8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen	geändert beschlossen
	Hauptausschuss	Vorberatung
29.04.2009	10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses	zurückgestellt
27.05.2009	12. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses	zurückgestellt
26.08.2009	16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses	geändert beschlossen

01.04.2009 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam in Fachausschuss überwiesen
 Die Vorlage wird vom Stadtverordneten Gruschka namens der Fraktion DIE LINKE eingebracht.

Änderungsantrag:

Die Stadtverordnete von Halem, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt folgende Änderung des Beschlusstextes:

Schon vor 7 Jahren wurde in der Beigeordnetenkonferenz am 17.04.2002 mit Unterstützung des damaligen OB Matthias Platzeck die Implementierung des Gender Mainstreaming beschlossen.

In Umsetzung dessen wird der Oberbürgermeister beauftragt, für das Jahr 2010 das Genderbudgeting einzuführen. Als erster Schritt sind dazu in jedem Verwaltungsbereich Pilotprojekte zu definieren.

Über die dazu getroffenen Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung spätestens mit der Vorlage des Haushaltsentwurfes für 2010 zu informieren.

Anträge zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Kümmel, Fraktion SPD, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Finanzen. Vom Stadtverordneten Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE, wird die Überweisung in den Hauptausschuss beantragt.

Abstimmung:

Die **Überweisung der DS 09/SVV/0243 – mit dem o. g. Änderungsantrag - in den Ausschuss für Finanzen sowie in den Hauptausschuss** wird

mit 24 Ja-Stimmen **angenommen**,
bei 21 Nein-Stimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Jahr 2010 das Genderbudgeting einzuführen.

Über die dazu getroffenen Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfes für 2010 zu informieren.

22.04.2009

Ausschuss für Finanzen

zurückgestellt

Herr Kaminski bringt den Antrag ein.

In seinen Ausführungen legt Herr Kaminski dar, dass Berlin schon gute Erfahrungen gemacht habe. Der vorliegende Antrag sollte bei der Haushaltsplanung 2010 Berücksichtigung finden.

In der Diskussion bittet Herr Schultheiß um Erklärung des „Genderbudgetings“

Herr Schüler spricht den von seiner Fraktion vorliegenden Änderungs-/Ergänzungsantrag an und erläutert das Anliegen.

Herr Exner weist auf die notwendigen Grundlagen, welche vorhanden sein sollten, wenn man das Thema ernsthaft begleiten möchte, hin. Herr Exner gibt zu bedenken, dass noch kein doppischer Jahresabschluss vorliegt. Die eigenen Möglichkeiten für weitere Projekte sollten realistisch betrachtet werden. Herr Exner erklärt, dass solche Projekte derzeit mit den vorhandenen Ressourcen nicht zu schaffen seien.

Herr Exner schlägt vor, ggf. einen Vertreter einer Einrichtung, die das Genderbudgeting bereits eingeführt hat, einzuladen.

Herr Exner bittet Frau Meder um Darstellung der Situation aus ihrer Sicht.

Wie Frau Meder ausführt, brauche man eine gewisse Vorlaufzeit, damit die technische und ressourcenmäßige Machbarkeit gegeben ist.

In der Diskussion schlägt Herr Becker vor, sich inhaltlich klar zu machen, was gewollt sei.

Der Antrag sollte als Einstieg gesehen werden.

Herr Schultheiß spricht das Verhältnis Kosten/Nutzen an. Herr Schultheiß merkt an, dass er sich derzeit nicht der Lage sehe, den Antrag zu unterstützen.

Herr Schultheiß bittet um Zurückstellung des Antrages und evtl. Einladung eines Vertreters einer Einrichtung, die das Genderbudgeting bereits eingeführt hat.

Herr Stab äußert sich ebenfalls dahingehend, dass er sich mehr Informationsunterlagen gewünscht hätte.

Auch er bittet um Zurückstellung des Antrages.

Herr Kümmel legt dar, dass er den Aufwand gegenüber dem Nutzen für nicht vertretbar halte und aus diesem Grund den Antrag und den vorliegenden Änderungs-/Ergänzungsantrag ablehnen wird.

Herr Schüler erläutert nochmals das Anliegen und nimmt in seinen Ausführungen Bezug zum Controlling.

Herr Dudzus schlägt vor, den vorliegenden Antrag in einen Prüfauftrag umzuwandeln.

Im Ergebnis der Diskussion stellt Herr Kaminski den Antrag: „Zurückstellung der Drucksache z. Rücksprache in den Fraktionen.“

Herr Waschkuhn bittet darum, dass in Vorbereitung der nächsten Ausschusssitzung Beispiele hinsichtlich der Wirkungsweise zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Jahr 2010 das Genderbudgeting einzuführen,

Über die dazu getroffenen Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zurückstellung bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 20. Mai 2009.

29.04.2009	Hauptausschuss	zurückgestellt
------------	----------------	----------------

zurückgestellt

06.05.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	zurückgestellt
------------	--	----------------

zurückgestellt

20.05.2009	Ausschuss für Finanzen	zurückgestellt
------------	------------------------	----------------

Die Drucksache wird zurückgestellt. (S. TOP 1)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für das Jahr 2010 das Genderbudgeting einzuführen,

Über die dazu getroffenen Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

27.05.2009 Hauptausschuss
zurückgestellt

zurückgestellt

03.06.2009 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
zurückgestellt

zurückgestellt

17.06.2009 Ausschuss für Finanzen

zurückgestellt

19.08.2009 Ausschuss für Finanzen

geändert beschlossen

Herr Feiler stellt anhand beiliegender Präsentation (Anlage 1) vor, was „Genderbudgeting“ heißt.

In seinen Ausführungen weist Herr Feiler darauf hin, dass für dieses Projekt in Berlin eine Geschäftsstelle mit 3 bis 4 Leuten aus dem vorhandenen Personalbestand geschaffen worden sei
Einzelne Fachbereiche haben kein zusätzliches Personal und auch keine zusätzlichen finanziellen Mittel erhalten.

Für die Vorbereitung/den Anschub des Projektes waren ca. 2 Jahre notwendig. 4 Jahre wurden Daten gesammelt.

Im Haushalt werden für ganz Berlin 100.000 Euro pro Jahr für das Projekt „Genderbudgeting“ eingestellt.

In der Diskussion werden Fragen hinsichtlich der Effizienz, der Kosten und des Nutzens gestellt.

Als Beispiel wird die Bibliothek (Anzahl der weiblichen und männlichen Leser, vorrangiges Angebot evtl. für wen, usw.) angesprochen.

Herr Exner bedankt sich bei Herrn Feiler für die Ausführungen.

Herr Exner stellt sich die Frage, wie viele Projekte eine Kommune unter den gegebenen Voraussetzungen verdauen kann.

Herr Exner weist nochmals auf die immer noch laufende Haushaltsumstellung Doppik, auf die immer noch ausstehende Darlegung der Jahresabschlüsse und die noch so anstehenden Aufgaben in seinen Bereichen hin und erklärt, dass er derzeit für ein neues Projekt keine personellen und finanziellen Ressourcen habe.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird Bezug auf den Vorschlag aus der letzten FA-Sitzung am 17.06.2009, TOP 2. 3 hinsichtlich der Produktauswahl genommen. Herr Heuer schlägt vor, für 2010 ein Produkt als Musterprodukt auszuwählen.

Herr Schüler merkt an, dass man 2010 mit der Einführung beginnen und diese mit der Doppik in Verbindung bringen sollte, da die Verwaltung sowieso angehalten sei, die einzelnen Produkte mit Kennziffern zu belasten.

Herr Kümmel unterstützt die Bedenken von Herrn Exner. Auch er sieht die Auslastung der Verwaltung mit den immer noch anstehenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Umstellung Doppik.

Herr Exner merkt dazu an, dass die Doppikumstellung richtig Ressourcen in Anspruch nimmt.

Herr Exner möchte seine Mitarbeiter/innen schützen und erklärt, dass mit den momentanen Kapazitäten die Übernahme eines solchen Projektes nicht funktionieren werde.

Herr Exner regt an, wenn überhaupt, dann im Jahre 2011 zu prüfen, ob man ggf. mit einem Produkt als Musterprodukt beginnen könne.

Frau Knoblich beantragt die Vertagung der Drucksache bzw. die sofortige Abstimmung.

Der Antrag auf sofortige Abstimmung wird mit 2/5 abgelehnt.

Herr Kellermann legt dar, dass die Einführung des Genderbudgetings keine Mehrbelastung darstellen sollte, sondern eher bei den Planungsaufgaben helfen müsse.

Herr Teuteberg schlägt vor, die Produktzahl offen zu lassen und den im o. g. Antrag vom 17.06.2009 eingeführten Satz: „Dazu ist ein Produkt als Musterprodukt auszuwählen“, zu streichen.

Herr Exner bittet abschließend darum, den Antrag nach Vorlage des Haushaltes 2010 erneut aufzurufen.

Im Ergebnis der Diskussion stellt Herr Kümmel folgenden Antrag zu Abstimmung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab dem Jahr 2010 erste Maßnahmen zur Einführung des Genderbudgetings zu ergreifen.

Über die dazu beabsichtigten Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **ab dem** Jahr 2010 **erste Maßnahmen zur Einführung** des Genderbudgetings **zu ergreifen**.

Über die dazu **beabsichtigten** Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Abstimmungsergebnis geänderte Beschlussvorschlag:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

Anlagen:

Nr. Name

 1 GB in Berlin - Stuttgart_14-07-2009 (223 KB)  (166 KB)

26.08.2009

Hauptausschuss

geändert beschlossen

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die vom Ausschuss für Finanzen einstimmig angenommene geänderte Fassung des Beschlusstextes mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **ab dem** Jahr 2010 **erste Maßnahmen zur Einführung** des Genderbudgetings **zu ergreifen**.

Über die dazu **beabsichtigten** Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Frau Dr. Schröter übernimmt namens der Antragstellerin diese geänderte Fassung und wirbt für die Zustimmung des Hauptausschusses.

Herr Exner verweist seinerseits darauf, dass zur letzte Finanzausschusssitzung der Abteilungsleiter der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen eingeladen war, um darüber zu informieren, was Genderbudgeting im eigentlichen Sinne sei, denn Berlin sei das einzige Bundesland das dies eingeführt habe; eine Kommune die Genderbudgeting „mache“, kenne er nicht. Aus den Erfahrungen Berlins zeige sich, dass es lange brauche, um das aufzubauen, müsse vieles gezählt und erfasst werden. Letztlich stehe noch die Frage, was man mit den Ergebnissen anfangen wolle. In Potsdam, neben vielen anderen bereits laufenden, aber noch nicht abgeschlossenen Prozessen, einen neuen zu beginnen, halte er für schwierig. Da damit so ziemlich alle vorhandenen Kapazitäten erschöpft seien, schlage er vor, noch mindestens ein Jahr damit zu warten. Dem schließt sich Herr Schubert in seinen Ausführungen an und bittet, die Terminstellung noch einmal zu besprechen und nicht auf die laufenden Reformprozesse aufzusetzen. Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass mit dem Projekt schrittweise begonnen werden solle, ab dem Jahr 2010 – insofern sehe sie keine Notwendigkeit, damit erst 2011 zu beginnen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **ab dem** Jahr 2010 **erste Maßnahmen zur Einführung** des Genderbudgetings **zu ergreifen**.

Über die dazu **beabsichtigten** Maßnahmen ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

02.09.2009 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam geändert beschlossen

Der **Ausschuss für Finanzen** hat einem **geänderten Beschlusstext zugestimmt**, dessen Fassung sich der **Hauptausschuss angeschlossen** hat, die von der Antrag stellenden Fraktion übernommen und den Stadtverordneten mit den „Stellungnahmen der Ausschüsse“ ausgereicht wurde.

Nach 2 Diskussionsrednern stellt der Stadtverordnete Dr. Seidel, Fraktion SPD, den **Geschäftsordnungsantrag**, die Debatte zu beenden. Nachdem alle Fraktionen/Gruppen die Gelegenheit hatten, ihre Argumente vorzutragen, wird dieser Geschäftsordnungsantrag **mit Stimmenmehrheit angenommen**, bei einigen Gegenstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **ab dem Jahr 2010 erste Maßnahmen zur Einführung** des Genderbudgetings **zu ergreifen**.

Über die dazu **beabsichtigten Maßnahmen** ist die Stadtverordnetenversammlung mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für 2010 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen
und mehreren Stimmenthaltungen.

Anlagen:

Nr. Name

 1 [Beschluss \(14 KB\)](#)

Online-Version dieser Seite: <http://egov.potsdam.de/bi/vo021.asp?VOLFDNR=13825>

Gender Budgeting in Berlin

Klaus Feiler

Leiter der Abteilung Finanzpolitik, Haushalt, Kredite
Senatsverwaltung für Finanzen Berlin

Öffentliche Anhörung des Finanz- und des Sozialausschusses
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart, 14. Juli 2009

7 Jahre Gender Budgeting-Praxis in Berlin

- Auflagenbeschlüsse zu jedem Doppelhaushalt seit 2004/2005
- Senatsbeschlusslage seit 2002
- Arbeitsgruppe Gender Budgeting tagt kontinuierlich seit 2003, Federführung Senatsverwaltung für Finanzen
- Berlin inzwischen Vorbild für viele andere Gebietskörperschaften im In- und Ausland
- Berlin ist das einzige Bundesland, das systematisch Gender-Informationen im Haushalt abbildet.

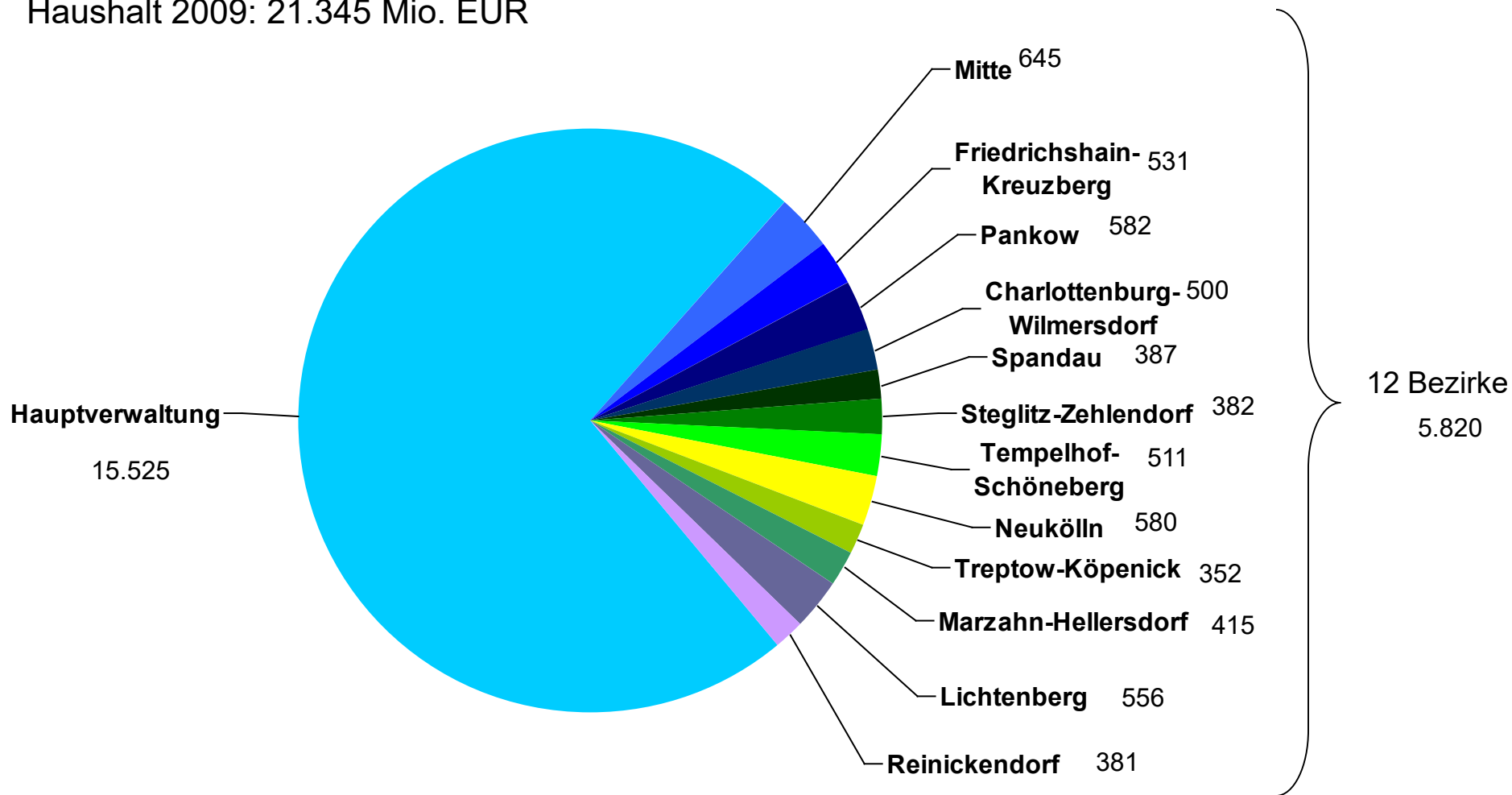
Land Berlin



Fläche:	892 km² 12 Bezirke
Einwohner:	3.416.000 (2009)
BIP:	87,5 Mrd. EUR (2008)
BIP je Einwohner:	25 600 EUR (2008)
BIP-Wachstum (real):	1,1 % (2008)
Arbeitslosenquote:	13,9 % (Durchschnitt 2008)
Bereinigte Ausgaben:	21,3 Mrd. EUR (2009)
Ausgaben je Einwohner:	6.200 EUR
Ausgeglichener Haushalt:	ja (2007, 2008)
Schuldenstand:	59,1 Mrd. EUR (2008)
Schulden je Einwohner:	17.300 EUR (2008)
Beschäftigte:	rd. 108.000 (Januar 2009) rd. 207.000 (1991)

Land Berlin: Haushaltsstruktur

Haushalt 2009: 21.345 Mio. EUR



Land Berlin: Finanzpolitische Steuerungsgrößen (2009)

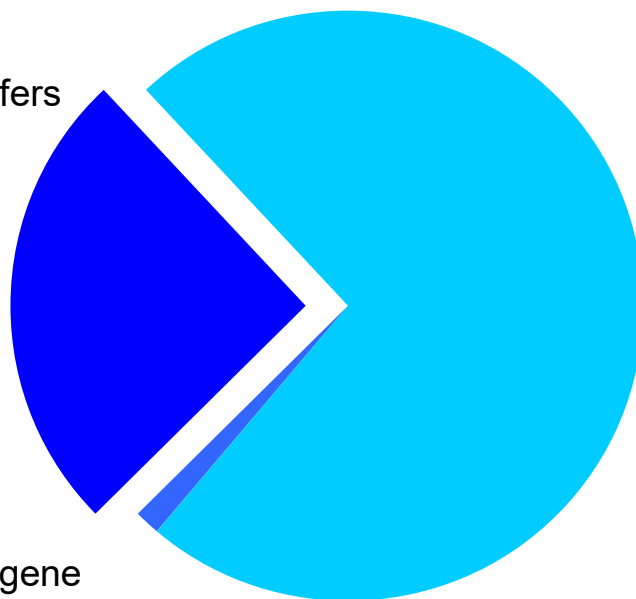
Hauptverwaltung
(Verfassungsorgane, Senatsverwaltungen,
nachgeordnete Behörden):

Bezirke:

Haushaltstitel
(Einnahmen/Ausgaben)
(gesamt: 15.525 Mio. EUR)

Produkte
(Kosten- und Leistungsrechnung)
(gesamt: 400, Produktbudget: 3.510 Mio. EUR)

Institutionelle Transfers
(3.754 Mio. EUR)

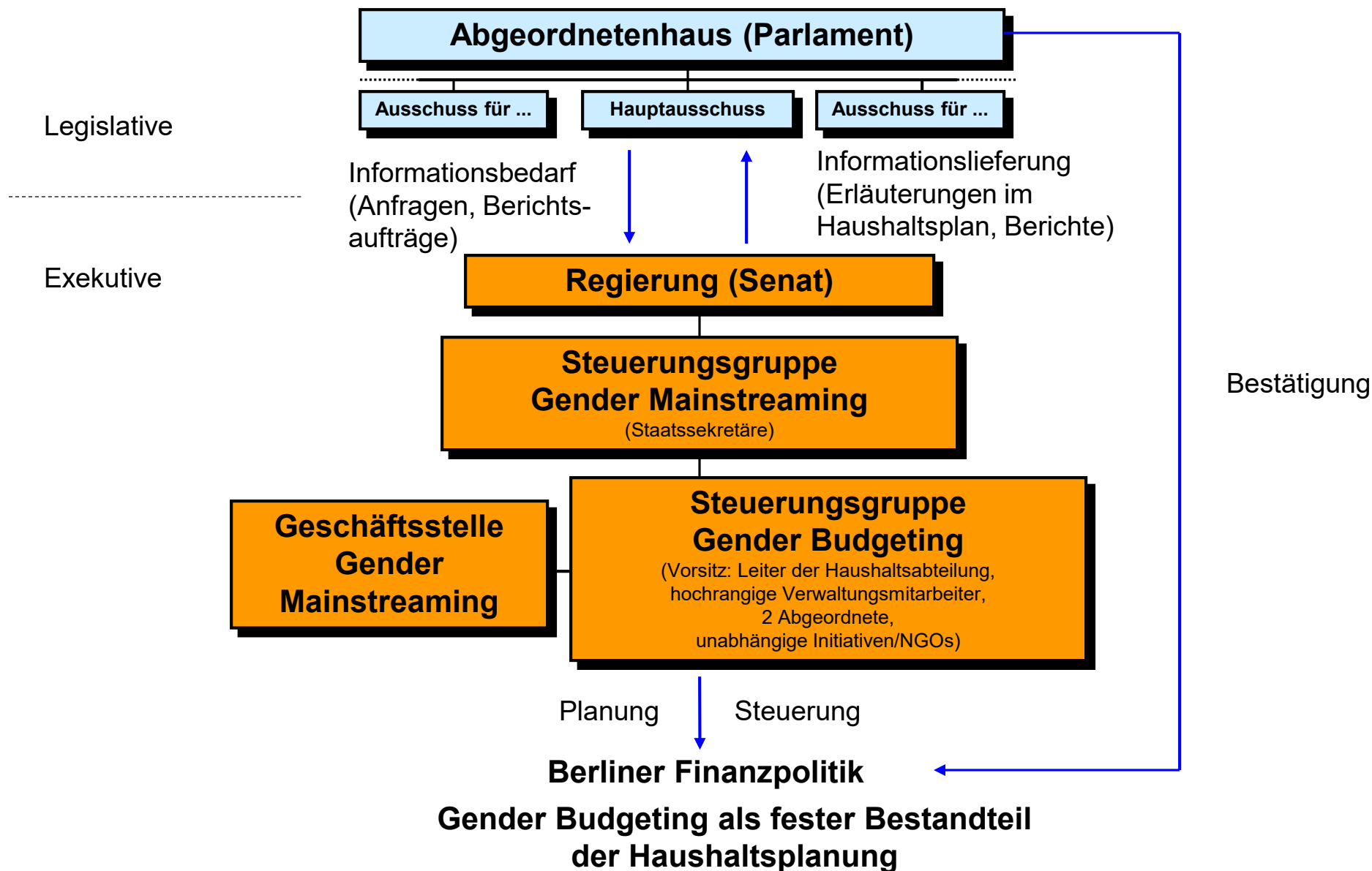


Personenbezogene
Transfers (227 Mio. EUR)



56 nach Gender-
gesichtspunkten
überwachte
Produkte
(Produktbudget
ca. 636 Mio. EUR)

Organisationsstruktur



Das Berliner Drei-Stufen-Modell: Ein Beispiel für gute Praxis

- ❑ 1. Stufe 2004/2005
Transparenz herstellen: Analyse der primären Nutzerinnen-/Nutzerebene
- ❑ 2. Stufe 2006/2007
Ausweitung der Analyse: Einbeziehung der sekundären Nutzerinnen-/Nutzerebene
- ❑ 3. Stufe 2008/2009
Steuerung durch Ziele, Workshops mit (fast) allen Bezirken und
Senatsverwaltungen
- ❑ Ab 2010:
Verstärkung der inhaltlichen Arbeit durch Workshops zu Einzelthemen

Das Berliner Drei-Stufen-Modell

❑ Steuerung durch Ziele (3. Stufe)

Definition von Gender-spezifischen Zielen



Aussagekräftige politische Analysen



Strategische Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Regierungsarbeit

Letzter Schritt: Volle Integration von Gender Budgeting als Steuerungsinstrument in die parlamentarische Haushaltsberatung

Administrative Regelungen für Berlin

- ❑ Gender Budgeting im Aufstellungsroundschreiben (AR)
 - Nr. III.8 des AR 08/09 bzw. Nr. III.6 des AR 10/11:
Darstellung von geschlechtssensitiven Daten im Haushaltsplan Berlins (Hauptverwaltung und Bezirke, beispielhafte Erläuterungen, LFM-Schlüssel).
 - Ergänzungsschreiben zu Nr. III.6 des AR 10/11:
Darstellung eines geschlechterdifferenzierten Durchschnittseinkommens pro Kapitel.

- ❑ Gender Budgeting im Haushaltswirtschaftsroundschreiben (HWR)
 - Nr. 7.7 des 1. HWR 08/09:
Zuwendungsempfänger in relevanten Aufgabenbereichen sollen dem Zuwendungsgeber die für GB notwendigen Daten liefern.
 - Verweis auf Auflage Nr. 10 (Darstellung von GB im Haushaltsplan)

- ❑ RdB-Vorlage 401 und 437/2008 (18.12.2008 beschlossen):
Ziel: Ausweitung der bisherigen 56 Produkte unter GB-Aspekten:
39 Produkte fortsetzen, 27 Produkte neu beginnen,
sowie bezirksindividuell 24 Produkte fortsetzen bzw. neu beginnen.
(RdB erbittet Auswertungsprotokoll zu Bezirksstellungen bis 30.06.2009)

Workshops zu Gender Budgeting in den Bezirken

- ❑ Workshop 19.02.2008
Produktbereiche Musikschulen, Bibliotheken, Weiterbildung/Volkshochschulen
und
- ❑ Workshop 18.03.2008
Produktbereiche bezirkliche Sportförderung, Grünflächen/Spielplätze

Stand der Entwicklung von Genderzielen und Indikatoren,
Berichte aus den beteiligten Abteilungen der Bezirke
(Erhebungsverfahren, Ergebnisse, Daten-Bewertung, Steuerung);

Ziele: - vereinheitlichte GB-Darstellungsstruktur im produktgestützten Haushalt,
- abgestimmte quantitative und qualitative Zielvorstellungen zur GB-Analyse.

Workshops zu Gender Budgeting in den Bezirken

- Workshop 20.05.2008
Bereich Jugend und Familie
(Allgemeine Kinder- und Jugendförderung, Familienunterstützende Hilfen)

Produkthaushalt 2008/2009:

Produktbereiche

102 – Fachberatung

103 – Allgemeine Förderung von jungen Menschen und ihren Familien

116 – Familienunterstützende Hilfen

Workshops zu Gender Budgeting in den Senatsverwaltungen

□ Workshop 28.10.2008

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

- Impulsreferat “Gender Budget im Hochschulwesen”,
- Vorstellung der Bereiche der Fachverwaltung (inbes. Schule und Jugend) sowie Berichte über deren bisherige Erfahrungen

□ Workshop 16.12.2008

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

- Abt. Soziales;
- Abt. Arbeit und Berufliche Bildung, GB im Bereich Berufliche Bildung;
- Integrationsbeauftragter;
- Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo)

Workshops zu Gender Budgeting in den Senatsverwaltungen

□ Workshop 20.01.2009

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

- Grün Berlin GmbH: Nutzung des Britzer Gartens, des Erholungsparks Marzahn und gendergerechte Planung des Parks auf dem Gleisdreieck;
- Maßnahmen im Programm Soziale Stadt, insbesondere Quartiersmanagement;
- Genossenschaftliches Wohnen als selbstbestimmte Wohn- und Lebensform;
- Genderaspekte im ÖPNV;
- durchschnittliche Vergütungen und Teilnahme an Fortbildungen von Männern und Frauen bei Sen Stadt

Workshops zu Gender Budgeting in den Senatsverwaltungen

□ Workshop 10.02.2009

Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz

- Gender Budget und Integrierter Gesundheitsvertrag;
- Genderspezifische Erkenntnisse aus den Förderprogrammen der Berliner Umweltpolitik am Beispiel Freiwilliges ökologisches Jahr – FÖJ;
- Genderaspekte im Verbraucher- und Gesundheitsschutz

□ Workshop 24.02.2009

Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Sport

- Genderaspekte im Sportbau,
- Ergebnisse der Sportverhaltensstudie,
- Gender und die Sportförderung der SenInnSport

Workshops zu Gender Budgeting in den Senatsverwaltungen

□ Workshop 10.03.2009 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Vorstellung der Abteilungen des Hauses

- Zentraler Service – Abt. I –
 - Bruttozahlungen
 - Fortbildung
 - Gesundheitsmanagement
- Wirtschafts- und Technologiepolitik, Wirtschaftsordnung – Abt. II –
 - DeGut – Deutsche Unternehmer und Gründer/innen/tage
 - Innovationsassistent/in
 - Technologie Coaching Center
 - “Neue Märkte erschließen”
 - Kultur- und Kreativwirtschaft
- Wirtschaftsförderung – Abt. III –
 - Betriebliche Arbeitsförderung
 - Meistergründungsprämie

Nationale und internationale Veranstaltungen

- New York, 25.02.2008
(52. Session of the Committee on the Status of Women:
“Gender Budgeting - good and bad practices – Gender Justice of public expenditures”)
- Delegation Baskenland in Berlin, 17.04.2008
(Gender Mainstreaming Commission of the Biscay Provincial Government)
- Bilbao, 9./10.06.2008
(International conference on Public Budgeting Responsible to Gender Equality)
- Dresden, 1.10.2008
Sachverständigenanhörung im Sächsischen Landtag (GB auch im Freistaat Sachsen einführen?)
- Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, 9.10.2008
Staatliche Institutionen gestalten öffentliche Finanzen
- Controllertagung der Bundeswehr in Berlin, 11.12.2008
Gender Budgeting im Heer
- Mainz, 20.03.2009
Anhörung im Finanzministerium
- Stuttgart 14.07.2009
Anhörung im Landtag Baden-Württemberg

Das Berliner Beispiel: Wie erreicht man gute Praxis?

- Klare Anforderungen und Aufträge durch Parlament und Regierung
- Klare Organisationsstrukturen, Federführung durch das Finanzministerium
- Integration in den jährlichen Haushaltsaufstellungsprozeß an Stelle eines zusätzlichen Berichtswesens
- Zusammen arbeiten, zusammen lernen, aus der Praxisarbeit lernen
- Vertreter der Verwaltung, Parlament, NGO und andere Experten zusammenbringen
- Wir brauchen noch mehr Unterstützung durch die Abgeordneten, wir brauchen mehr Interesse während der Haushaltsberatungen